

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

WEITER SO? – Bis wohin wollen sie das Land noch treiben?

DIE Landtagswahlen vom 17. September sind eine massive Ablehnung der Politik der SPD/PDS-Regierungen: in Mecklenburg-Vorpommern gingen der SPD 147.000 und der Linkspartei 22.000 Stimmen verloren.

In Berlin verlor die SPD erneut 58.000, die Linkspartei.PDS mit 181.000 fast die Hälfte ihrer Wähler.

Diese Absage wird noch verstärkt durch die um jeweils über 10%-Punkte auf einen ebenfalls historischen Höchststand gestiegene Wählerverweigerung von 42% in Berlin und 40,8 % in Mecklenburg-Vorpommern.

Das ist ein entschiedenes Nein zur Politik der Koalitionen von SPD und PDS. Sie haben während der letzten 5 (bzw. 4) Jahre die Politik der sozialen Zerstörung umgesetzt, wie sie unter Schröder begonnen wurde und heute von der Großen Koalition von Merkel und Müntefering fortgesetzt wird – entsprechend der gesamten politischen Vorgaben der EU.

Die Bilanz findet sich wieder in erschreckend verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen, in sich ausbreitender Armut und sozialem Elend ...und in den Wahlurnen.

Eine wirklich unheilvolle Entwick-

lung. Doch kaum waren die Wahlergebnisse bekannt, haben sich der Regierende Bürgermeister der SPD, Klaus Wowereit, und der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck in Siegerpose präsentiert.

Wie kann man so taub und blind sein?

Alles soll weitergehen wie bisher; denn diese Reformpolitik ist „alternativlos“, ordnet Merkel an, die sich auf die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im Januar 2007 vorbereitet.

Und das, obwohl die WählerInnen der gleichen Politik der Großen Koalition ebenfalls eine Abfuhr erteilt haben und die CDU mit dem Verlust von 92.000 Stimmen in Berlin und 64.000 in Mecklenburg-Vorpommern ihre jeweils historisch schlechtesten Ergebnisse in diesen Ländern erlitten hat.

Alle folgen dem „Weiter so“, auf dem Merkel in sturer Schröder-Manier beharrt.

Klaus Wowereit wagt es, das Wahlergebnis als „Vertrauensbeweis“ der Berliner in seine Regierung, die „gute Arbeit“ geleistet habe, zu werten.

Und Harald Wolf entschuldigt sich in dem unnachahmlichen Stil, wie er von seinen PDS-Vorgängern gepflegt wurde: „Viele Berliner sind offensichtlich nicht zufrieden mit der Politik der SPD/PDS-Koalition in den letzten 5 Jahren, aber wir hatten keine andere Wahl.“

Über wen mokiert er sich hier?

Wohin wollen sie Deutschland treiben mit ihrer skrupellosen Fortsetzung der Politik der Zerstörung aller sozialen Errungenschaften, Grundlage der Demokratie, und die von den ArbeitnehmerInnen nach dem Krieg erkämpft und



Beschäftigte der Charité streiken für verantwortliche Arbeitsbedingungen und Gesundheitsversorgung

aufgebaut wurden?

Können sie so taub und blind sein, dass sie selbst die Warnung überhören oder nicht verstehen, die für alle der schockierende Einzug der Neonazis in 5 Berliner Bezirksparlamente und mit 7,3% der Stimmen in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sein muss?

Die Entscheidung für das „Weiter so“ kann das Land nur in schlimmste soziale und politische Verwerfung treiben und die SPD mit hinein ziehen.

„Verlangt eine politische Lösung nicht, den Forderungen und Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend zu antworten? Und erfordert eine solche Lösung nicht, sich klar für den Bruch mit der von der EU diktierten Politik zu entscheiden, die von der Großen Koalition umgesetzt und den Ländern und Kommunen aufgezwungen wird?“

Haben die sozialdemokratischen GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen nicht recht, die diese Fragen schon vor der Wahl gegenüber den SPD-KandidatInnen aufgeworfen haben und sich jetzt an alle ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen wenden und ihnen vorschlagen, diese Fragen von neuem und verstärkt aufzuwerfen?

CARLA BOULBOULLÉ

Zum Inhalt:

Beiträge zur Gesundheits„reform“

Nach der Föderalismusreform: Platz der Gewerkschaft – GEW

BUSH-PLÄNE: „Neuordnung des Mittleren Ostens“

Betriebsschließungen, Produktionsverlagerungen „Weder ein Staat noch die Europäische Union dürfen intervenieren“ (Günter Verheugen)

Am 4. Juli fand im Europaparlament eine Debatte über den „Strukturwandel in der Industrie der Europäischen Union“ statt. Aus diesem Anlass hielt Günter Verheugen, Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Industriekommissar, eine wichtige Rede.

Verheugen nannte zunächst den Rahmen: „Wir sind in einer neuen Phase des Wettbewerbs, und der Strukturwandel wird sich noch beschleunigen. Davor dürfen wir weder die Augen verschließen noch den Kopf in den Sand stecken.“

Welche Haltung ist nötig angesichts der Beschleunigung des Strukturwandels und der Entlassungen? Verheugen antwortet: „Die Losung der europäischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert (...) heißt Wettbewerbsfähigkeit. Denn wir wissen, dass eine Festung Portugal, Deutschland, Polen oder Europa keine Lösung ist in der offenen Welt des 21. Jahrhunderts (...). Eine Politik für Wachstum und Beschäftigung kann nur eine Politik sein, die die Unternehmen fördert. In der Wirtschaft, in den Unternehmen, entstehen neue Arbeitsplätze oder es verschwinden welche – und kein Befehl des Staates oder der Union kann daran etwas ändern.“

Die Parole heißt also „laissez faire“. Und heißt das nicht, das schrankenlose Wirken der Märkte zu akzeptieren, d.h. hauptsächlich des US-Imperialismus?

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission wiederholte sich: „Wir brauchen keine europäischen Champions, sondern Weltmarktführer, weil es

um den internationalen Wettbewerb geht. Kein Staat kann diese Aufgabe erfüllen, sondern das müssen die Unternehmen selbst leisten.“

Dann nannte er das Beispiel einer Werksschließung von General Motors in Portugal (in der Stadt Azambuja) und präziserte mit schonungsloser Offenheit: „Wir müssen die Grenzen der Politik klarmachen. Die Beschlüsse für eine Betriebsschließung oder Produktionsverlagerung sind Sache der Unternehmen, und weder ein Staat noch die Europäische Union dürfen oder können in der Angelegenheit intervenieren – selbst nicht im Fall Azambuja.“

Verheugen schloss dann seine Rede vor dem Europaparlament mit den Sätzen: „Ich kritisiere nicht von vornherein jeden Unternehmensbeschluss, der zu einer Produktionsverlagerung führt. Dafür bin ich nicht zuständig. Das wäre auch nicht intelligent, denn die Internationalisierung von Produktion und Forschung ist unvermeidlich.“

Denn bei der „Internationalisierung“ geht es in Wahrheit um die Liquidierung der europäischen Industrie.

Kann man da noch behaupten, die Europäische Union sei ein „Bollwerk“ gegen die amerikanische Übermacht?

KORRESPONDENT

Anklageakte der ArbeitnehmerInnen und Völker gegen die zerstörerische Politik der EU

Auf Vorschlag der belgischen Kollegen an die Delegierten der Europäischen Konferenz soll ein gemeinsames Memorandum von engagierten KollegInnen aus ganz Europa erarbeitet werden, das der EU-Kommission in Brüssel überreicht wird. Das Memorandum soll dann gemeinsam mit den Antworten der EU-Kommission allen Arbeitnehmerorganisationen in Europa in Form eines Appells bekannt gemacht werden. „Das kann uns erlauben, zu einem vereinten Handeln zu kommen, um gemeinsam diese Politik zu stoppen.“

KollegInnen aus Deutschland haben jetzt mit einem Beitrag geantwortet:

„Am Beispiel der Entwicklung der zurückliegenden fünf Jahre in Deutschland soll vor allem anhand der Gesetze zur Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme und der Tarifverträge, insbesondere der Flächentarifverträge, wie auch am Beispiel der Föderalismusreform, die den bundeseinheitlichen Sozialstaat, das gesamte Gebäude der sozialen und politischen Demokratie bedroht, aufgezeigt werden, wie die Befehlskette von der EU-Kommission zur Bundesregierung funktioniert.“

(Der deutsche Beitrag, sowie weitere bisher vorliegende Beiträge aus anderen europäischen Ländern, sind bei der Redaktion erhältlich.)

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-tägig. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 28. 9. 06

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie
@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf
Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg:

Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im

Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto):

50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement:

30,- Euro

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin

Wahlen in Berlin

Massive Absage an die Politik des SPD/PDS-Senats

Weiter so – Wie weit wollen sie noch gehen?

WAR ES nicht die Politik der Regierungskoalition von SPD und PDS, die Berlin dem sozialen Verfall ausgeliefert hat?

Es war die eilfertige Umsetzung der zerstörerischen Politik zunächst der Regierung Schröder und dann deren Fortsetzung durch die Große Koalition.

Wie können die Verantwortlichen es wagen, diese Politik im Namen der SPD weiter zu verkaufen?

Obschon diese Politik alle sozialen und demokratischen Errungenschaften demontiert, mit denen die SPD traditionell verbunden ist.

Hat sie nicht die Hunderttausenden Arbeitslosen und Niedriglöhner ins Elend gestürzt und viele Jugendliche ohne Ausbildung gelassen oder zu Billigjobs verurteilt?

Hat sie nicht SchülerInnen das Recht auf qualifizierte Bildung, StudentInnen das Recht auf Studienplatz und verbindlichen Abschluss geraubt?

Den Kranken das Recht auf kostenlose und verantwortungsvolle ärztliche und Krankenhausversorgung verweigert?

Und doch wurden zugleich jährlich Milliarden an Schuldzinsen und Renditegarantien aus dem öffentlichen Haushalt in die Kassen der Banken, der Großkonzerne und Spekulanten geschaufelt. Milliarden, die aus den 100- Millionen-Kürzungen bei Krankenhäusern, BVG, Wohnungsgesellschaften, Schulen, Universitäten und Löhnen gespeist wurden.

Wer versteht nicht die Erbitterung der WählerInnen, die diese Politik entschieden ablehnen?

Wie ist es möglich, dass sich die Verantwortlichen weigern, das zu sehen und zu verstehen, was jeder Bürger versteht,

...dass sie jeder politischen Lösung den Rücken kehren?

Denn verlangt eine politische Lösung nicht eine klare Antwort an die Beschäftigten bei der Charité und den Vivantes-Krankenhäusern,

- die für verantwortliche Arbeitsbedingungen und Gesundheitsversorgung in den öffentlichen Krankenhäusern streiken und kämpfen.

Verlangt das nicht

- die Rücknahme aller Kürzungen, die Betten-, Personal- und Leistungsabbau erzwingen;

- den Stopp und die Rücknahme ihrer Auslieferung an den Markt und den

Wettlauf um Profite, an Privatisierungen?

- die volle Rekommunalisierung aller ausgegliederten Bereiche und der gesamten Charité und Vivantes-Krankenhäuser?

- die Rückkehr zum einheitlichen Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, einschließlich der Anhebung der Ost-Löhne auf West-Niveau?

- das ganze Engagement der SozialdemokratInnen, die drohende Gesundheitsreform zurückzuweisen, wie es zahlreiche Verantwortliche und Abgeordnete der SPD schon fordern?

Gibt es eine andere Lösung, als den 400 KollegInnen des Bosch-Siemens-Hausgerätekwerkes (BSH) in Spandau zu antworten (wie allen anderen, die um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen)?

Sie kämpfen und streiken für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und ihres Betriebes, den jene Konzernvorstände schließen wollen, die sich selbst gerade eine 30%ige Gehaltserhöhung verpassen: Müssen Betrieb und Arbeitsplätze nicht unter staatlichen Schutz gestellt werden?

Muss nicht den Schülern, Studenten, Lehrern und Eltern eine Antwort gegeben werden, die für das Recht auf eine qualifizierte Bildung und Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen demonstrieren und streiken?

- Für den Stopp der Schulschließungen; für die Einstellung von LehrerInnen, damit Schluss ist mit dem Unterrichtsausfall; für die Wiedereinführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit für alle!

- Für das Recht aller, die studieren wollen, auf einen Studienplatz und dessen volle Finanzierung aus dem Haushalt; keine Einführung von Studiengebühren!

Verlangt ein politischer Ausweg nicht, allen Familien zu antworten,

die befürchten, ihre privatisierten oder von Privatisierung bedrohten Wohnungen nicht mehr bezahlen zu können? (...)

Müssen nicht die Ein-Euro-Jobs sofort in geregelte Arbeitsplätze im Rahmen des Flächentarifvertrages umgewandelt werden?

Eine Antwort verlangen die Beschäftigten und Nutzer der Berliner Verkehrsbetriebe BVG und der Berliner S-Bahn, die von den Folgen der

Auslieferung an den Markt und den Kampf um Profite, von Lohnkürzungen und Tarifvertragsbruch, von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Leistungen, von Preiserhöhungen betroffen sind.

Ist die Messe nicht sofort vor jeder Privatisierung und Ausgliederung zu schützen?

Unaufschiebbar ist die

- Wiederinkraftsetzung und Respektierung des einheitlichen Flächentarifvertrages für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes;

- die Rücknahme aller Kürzungen und Annullierung der Schulden aller Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge; ihre Ausfinanzierung durch den öffentlichen Haushalt.

(...) Wie ist aber eine solche politische Lösung möglich, ohne klar Position zu ergreifen für den Bruch mit der von der EU diktierten Politik, die über die Große Koalition auch den Ländern und Kommunen aufgezwungen wird?

Gibt es eine andere politische Lösung?

Wir wenden uns an unsere KollegInnen, an alle ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, an diejenigen, die ihrem Protest durch Wahlverweigerung Ausdruck geben wollten.

Wir haben diese Fragen öffentlich vor den Wahlen gestellt. Sollten wir jetzt, nach den Wahlen, darauf verzichten? Oder müssen sie nicht vielmehr erneut und mit größerer Kraft gestellt werden?

Das zu erreichen, ist das Ziel dieses Aufrufs.

Wir wenden uns an alle, die mit uns diese Sorgen teilen: Wir erleben eine gefährliche Entwicklung, und sofortiges Handeln ist notwendig

Antwortet und nehmt Kontakt mit uns auf!

Versammeln wir uns und organisieren wir die notwendige Kraft, um mit mehr Wirkung eingreifen zu können. Um die Verantwortlichen besonders der SPD mit diesen Forderungen und Fragen der Bevölkerungsmehrheit zu konfrontieren.

Es geht um unsere Zukunft, um das gesellschaftliche Leben in Berlin und Deutschland, um die Demokratie!

Gotthard Krupp (SPD, AfA-Landesvorstand, ver.di-Bezirksvorstand);

Axel Zutz (SPD, AfA-Landesvorstand);

Volker Prasuhn (SPD, AfA, ver.di)

SPD-Abgeordnete und Gewerkschaften rufen auf zur Verteidigung des Systems der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Selbstverwaltung der Krankenkassen: Müssen nicht alle SPD-Abgeordneten im Bundestag den Entwurf für eine „Gesundheitsreform“ ablehnen?

86 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner am Infostand unterstützen diese Forderung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Sozialdemokraten und Gewerkschafter haben wir eine Initiative ergriffen, um mit allen denen, die die Gesundheitsreform ablehnen, uns gemeinsam an die SPD-Bundestagsabgeordneten zu wenden. In der letzten Ausgabe dieser Zeitung wurde darüber schon berichtet.

Für zusätzliche Besorgnis über die vorliegenden Pläne haben die letzten Presseberichte unter Mitgliedern der SPD, SPD-Wählern und Gewerkschaftern gesorgt. SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hat angeblich Angela Merkel bereits zugestanden, dass die Obergrenze für die „kleine Kopfpauschale“ von 1% des Bruttojahreseinkommens der Versicherten fallen soll. Die „kleine Kopfpauschale“ ist der Sonderbeitrag, den die Kassen zukünftig von den Versicherten erheben sollen, wenn sie mit der Pauschale pro Krankenkassenmitglied, die ihnen aus dem

Gesundheitsfonds überwiesen wird, nicht mehr klarkommen, um die Ausgaben für die Versorgung der Versicherten zu finanzieren.

Ob die aufkeimenden Gerüchte nun der Wahrheit entsprechen oder nicht: die Basis für die Sorge und Empörung, die sie bei vielen Arbeitnehmern, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern auslösen, ist die zunehmende Erkenntnis, dass durch die Eckpunkte und den mittlerweile vorliegenden 2. Arbeitsentwurf für das Gesundheitsreformgesetz grundsätzliche soziale und sozialdemokratische Errungenschaften geopfert werden.

Deshalb ist überall jetzt die Diskussion aufgebrochen.

Einerseits mehren sich die Stimmen aus den Gewerkschaften: Nachdem vor einiger Zeit schon die Fachbereiche 3 (Gesundheitswesen) und 4 (Sozialversicherungen) der Gewerkschaft ver.di ihre Ablehnung deutlich gemacht hatten und

die Vorsitzende des Fachbereichs 3, Ellen Paschke, auch noch in einem persönlichen Schreiben an alle SPD-Bundestagsabgeordneten appelliert hat, den Eckpunkten nicht zuzustimmen, hat jetzt auch noch eine Versammlung aller Vertreter der IG Metall in den Selbstverwaltungsorganen der gesetzlichen Krankenkassen eine Erklärung verabschiedet. Sie treten darin für den Erhalt der Selbstverwaltung in der GKV ein und wenden sich gegen den Gesundheitsfonds.

Diskussion gibt es auch innerhalb der SPD.

Einer der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten, der Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, der selbst an den Verhandlungen mit der CDU/CSU beteiligt ist, hat jetzt auch öffentlich Position gegen die Gesundheitsreform bezogen.

Wir haben ihm auf einer Versammlung des Ortsvereins Lindenthal am vergangenen Dienstag gesagt, dass wir seine Ablehnung des Gesundheitsfonds voll und ganz unterstützen. Das war auch die Meinung der überwiegenden Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Partei, die nicht nur aus Lindenthal, sondern auch aus anderen Ortsvereinen zu der Versammlung gekommen waren.

Kolleginnen aus dem Kreis der Unterstützer des Offenen Briefs an die Bundestagsabgeordneten haben in dem Stadtteil Neubrück, in dem auch die Rheinische Klinik des Landschaftsverbands Rheinland liegt, der durch die Gesundheitsreform in die Privatisierung getrieben zu werden droht, einen Infostand durchgeführt und Unterschriften gesammelt. 86 Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil haben spontan unterschrieben. Viele verwiesen darauf, dass sie mit Hartz IV bereits die Erfahrung gemacht haben, wie ein Teil der Sozialversicherung zerschlagen wurde.

Wir rufen alle auf, sich weiter für das Nein zur Gesundheitsreform einzusetzen, zusammen mit den Gewerkschaften, und den SPD-Abgeordneten, die sich schon ablehnend geäußert haben, damit jetzt alle SPD-Abgeordneten die Pläne ablehnen.

Berichtet uns über Eure Erfahrungen.
Für den Kreis der Erstunterzeichner des Offenen Briefes: Henning Frey.

An die Verantwortlichen und Bundestagsabgeordneten der SPD

Haben die Mitglieder, Verantwortlichen und Abgeordneten der SPD, haben die Gewerkschaften nicht Recht, wenn sie vor den Plänen zur Gesundheitsreform warnen?

Muss das Diktat von Merkel und ihrer CDU/CSU nicht zurückgewiesen werden? Muss die Gesundheitsreform nicht von allen SPD-Bundestagsabgeordneten abgelehnt werden?

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG:

Die schwerwiegenden Folgen der Pläne für eine neue „Gesundheitsreform“ für das gesamte System der öffentlichen Gesundheitsversorgung, das allen Mitgliedern der Gesellschaft das gleiche Recht auf Versorgung garantiert, sind unbestreitbar. Das solidarisch und paritätisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenkassen und das öffentliche Gesundheitswesen müssen erhalten bleiben.

Deshalb wenden wir uns an die Verantwortlichen und Bundestagsabgeordneten der SPD:

Sagt Nein zu den Zumutungen von Merkel und ihrer CDU/CSU!

Sagt Nein zu den Gesetzesplänen der Gesundheitsreform, zur Demontage der solidarisch und paritätisch finanzierten Krankenversicherung und des öffentlichen Gesundheitswesens!

Ist das nicht der erste notwendige

Schritt zur Verteidigung des Rechts aller Mitglieder unserer Gesellschaft auf verantwortliche Gesundheitsversorgung?

Name, Adresse (auch e-Mail) Funktion in SPD o. Gewerkschaft – Unterschrift – Spende zur Unterstützung der Initiative

ErstunterzeichnerInnen: Henning Frey (SPD, GEW), Paul Paternoga (SPD, AfA, IGM), Eva Gürster (SPD, ver.di), H.-W. Schuster (SPD, AfA), Kerstin Bunz (ver.di), Sylvia Mönich (ver.di), Bürgit Büch (ver.di), Barbara Schiefer (ver.di), Hans-Peter Keul (SPD, AfA, ver.di), Birgit Zimmermann, Wilfried Klapdor (SPD, AfA, ver.di), Ellen Engstfeld (SPD, ver.di) ... (Angaben in Klammern zur Information).

Rückantworten an: Henning Frey, Postfach 410 363, 50863 Köln, henning.m.frey@web.de
(Über Henning Frey oder die Redaktion kann der gesamte Text des Aufrufs bezogen werden.)

Auszüge aus einem INTERVIEW mit **Karl Lauterbach** im Berliner »Tagesspiegel«
„Ich halte den Gesundheitsfonds für überflüssig“

Am 8. 9. gab der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach ein Interview für die Zeitung »Tagesspiegel«. Wir zitieren daraus Auszüge:

„Die Gesundheitsreform soll erst im April 2007 kommen. Was will die Koalition in den zusätzlichen drei Monaten anfangen?“

K. Lauterbach: Wir sollten die Zeit nutzen, noch einmal gründlich nachzudenken, ob wir den Gesundheitsfonds wirklich brauchen. Ich halte ihn für überflüssig. Durch den Fonds werden die Beitragssätze stärker steigen, als das im heutigen System notwendig wäre. Ich rechne mit einem einheitlichen Beitragssatz von mindestens 15,5 Prozent 2008.

Das liegt daran, dass etwa die billigen Betriebskrankenkassen aus dem Fonds für ihre Versicherten mehr Geld bekommen werden, als sie für deren Krankhei-

ten ausgeben müssen. Das Geld werden sie nutzen, um gesunde und gut verdienende Versicherte anzuwerben. Viele AOKen, vor allem in den neuen Ländern, werden mit dem Geld nicht auskommen. Sie müssen daher einen Zusatzbeitrag oder eine Kopfpauschale von ihren Versicherten erheben.

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt argumentiert, die Kassen sollten vernünftiger wirtschaften. Dann müssten sie auch keinen Zusatzbeitrag erheben.

K. Lauterbach: Für die Kassen wird es attraktiver, nur noch Einkommensstarke zu versichern, weil nur die genügend Geld haben, um einen Zusatzbeitrag aufzubringen. Bei der AOK in den neuen Bundesländern haben schon jetzt 60 Prozent der Versicherten ein Nettoeinkommen von nur 10.000 Euro im Jahr. Bei denen ist die Belastungsgrenze schnell

erreicht. Das lohnt sich für die Kasse nicht.

Ich fürchte, dass sich dadurch auch die Versorgung chronisch Kranker verschlechtert. Schließlich sind es häufiger Menschen mit geringem Einkommen, die chronisch krank sind.

Aber die Pauschale soll doch begrenzt werden. Mindestens 95 Prozent der Ausgaben sollen durch den Fonds gedeckt werden.

K. Lauterbach: Das verspricht die Politik, aber ich halte das für eine Illusion. Die Bundesregierung wird doch nicht regelmäßig die Beitragssätze erhöhen wollen. Auf Dauer wird der Teil der Ausgaben, den die Versicherten als Pauschale oder Zusatzbeitrag alleine zahlen müssen, deutlich steigen. Das ist ungerecht und trifft die Schwachen. Schon eine monatliche Pauschale von 30 Euro bedeutet für Rentner eine Beitragserhöhung um drei Prozentpunkte. Das ist nicht zumutbar. (...)

**IGM-Vertreter in den Krankenkassen erklären:
 „Erhalt und Stärkung der sozialen
 Selbstverwaltung in der gesetzlichen
 Krankenversicherung“**

Frankfurt, den 12. September 2006

(...) Mit der geplanten Reform werden die Rahmenbedingungen für die soziale Selbstverwaltung in der Krankenversicherung grundlegend negativ verändert.

- Insbesondere kritisieren wir die Versuche,
- der Selbstverwaltung das Recht der Beitragssatzgestaltung zu entziehen;
 - die Selbstverwaltung unter Druck zu setzen, Versicherte einseitig durch Extra-Beiträge zu belasten und aufgrund des finanziellen Druckes Satzungsleistungen zu reduzieren;
 - die Einflussnahme der Selbstverwaltung auf den Leistungskatalog einzuschränken.

Wir, aktive Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter aus der IG Metall, die in unterschiedlichen Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung ehrenamtlich tätig sind, engagieren uns für ein qualitativ hochwertiges, leistungsfähiges und solidarisches Gesundheitssystem. Wir sind der Überzeugung, dass das solidarische System der gesetzlichen Krankenversicherung gestärkt und zukunftsfest gemacht werden muss. Deshalb treten wir für umfassende Reformen ein, die das Gesundheitssystem in diese Richtung weiterentwickeln.

Unser Ziel ist eine solidarische Bürgerversicherung, in der die notwendigen Leistungen in der gebotenen Qualität und Wirtschaftlichkeit erbracht und solidarisch nach der Leistungsfähigkeit der Versicherten und unter paritätischer Beteiligung der Arbeitgeber finanziert werden.

In diesem Rahmen engagieren wir uns gegen die Einschränkung von Rechten und Handlungsspielräumen und für eine Stärkung der sozialen Selbstverwaltung.

Wir erklären:

- Wir werden uns weiterhin in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung für eine solidarische Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung einsetzen.
- Wir unterstützen die Mobilisierung des DGB und seiner Gewerkschaften für regionale Groß-Kundgebungen am 21. Oktober 2006, die sich auch gegen die Schwächung der sozialen Selbstverwaltung in der Krankenversicherung richtet. (...)

Brief der Vorsitzenden des Fachbereichs
 Gesundheitswesen der Gewerkschaft ver.di an die
 SPD-Bundestagsabgeordneten
**„Krankenkassen als Öffentliche
 Körperschaft erhalten!“**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(...) Für die faktische Abschaffung der Selbstverwaltung der Versicherten, wie sie in den Eckpunkten vorgesehen ist, gibt es keinen Grund. Das GKV-System hat seine Reformfähigkeit – auch in schwierigen Umbruchsituationen – bewiesen. Dabei war die Selbstverwaltung immer von Vorteil.

In Zukunft sollen Kassen unabhängig von der Kassenart miteinander fusionieren können. Der Ordnungsrahmen wird zunehmend wettbewerblich geprägt. Krankenkassen sind selbstverwaltete Einrichtungen. Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber (bei den Ersatzkassen nur die Versichertenvertreter) entscheiden bisher über die Beiträge und Satzungsleistungen. Diese staatsferne Selbstver-

waltung gilt als Ausdruck der Bürgergesellschaft im Sozialstaat.

In Zukunft gibt es nur noch einen Spitzenverband. Die Politik dominiert die Entscheidungen. So wurde in der Koalitionsrunde den Krankenkassen ab 1. Januar 2007 eine Beitragsanhebung um 0,5 Prozentpunkte verordnet. Deutlicher hätte man nicht darstellen können, welchen Entscheidungsrahmen die Selbstverwaltung künftig noch haben soll.

Wir wollen, dass die Gesetzliche Krankenversicherung als Öffentliche Körperschaft staatsfern und selbstverwaltet bleibt. Nur so können Entscheidungen versichertennah und transparent getroffen werden. Dafür fordern wir eure Unterstützung ein. (...)

**Mit freundlichen
 Grüßen
 Ellen Paschke**

Cornelia Matzke (Ärztin in Leipzig, ver.di)

„Arbeitslose sterben früher“

SO titelte die LVZ am 14. 8. 2006 den Artikel über eine Studie des Instituts für medizinische Psychologie der Universität Leipzig. Prof. Elmar Brähler fasste die Ergebnisse der Studie so kurz zusammen: „Wer arbeitslos ist, stirbt statistisch gesehen früher als ein Berufstätiger im selben Alter.“ Im Vergleich zu gleichaltrigen Erwerbstätigen steigt bereits kurz nach Beginn der Arbeitslosigkeit die Sterblichkeit mehr als doppelt so hoch, nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit liegt diese sogar viermal so hoch. Dabei seien besonders Erwerbstätige in Ostdeutschland stärker gefährdet, krank zu werden. Das Erleben, nicht gebraucht zu werden, und die resultierende finanzielle Not machen krank, totkrank – Schlussfolgerungen aus der Studie.

Anfang September wurde der gemeinsame bundesweite Protestaufruf der Kliniken gegen die Pläne der Großen Koalition zur Gesundheitsreform bekannt. Es sollen 750 Mill. Euro durch Streichung von Personal und Sachkosten „gespart“ werden. Allein in Sachsen bedeutete dies einen Fehlbetrag der Kliniken von ca. 65 Mill. Euro. Der Tarifabschluss der ÄrztInnen und die Mehrwertsteuererhöhung 2007 würden weitere 70 Mill. Euro nicht ausgeglichener Kosten bedeuten, errechnete die Krankenhausgesellschaft Sachsen im September 2006. Das Budget zur stationären Versorgung werde weiter drastisch reduziert, anstatt endlich bedarfsgerecht auszugleichen. Deshalb wird der Stopp der Gesundheitsreform gefordert, ansonst drohen Stellenstreichungen und Klinikschließungen.

Für den ambulanten Bereich stellte die Kassenärztliche Vereinigung 24 Bereiche mit drohender hausärztlicher Unterversorgung fest, dabei der Großteil in Ostdeutschland (10:14). Der Bundesärztekammer-Präsident Prof. Jörg-Dietrich Hoppe wendete sich scharf gegen die Auflösung der Selbstverwaltung: „Der Staat legt künftig die Beitragssätze fest und kann sie auf Zuruf der Arbeitgeber senken, sodass die Krankenkassen weiter unter Druck gesetzt werden. Dumpingverträge mit Ärzten und Qualitätseinbußen in der Versorgung werden die Folgen sein.“

Für die Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Angestellten-Kranken-

kassen, Doris Pfeiffer, zwingt der geplante Gesundheitsfonds die Kassen, denen das Geld aus dem Fonds nicht ausreicht, dazu, bei der Erstattung von Leistungen restriktiver vorzugehen, denn nur über Leistungseinschränkungen könnten die Kassen ihre Ausgaben reduzieren und die sonst anfallende Prämie (Zuzahlung der Versicherten) klein halten und so im „Wettbewerb“ bestehen.



Die Einführung eines Gesundheitsfonds führt zu weiterer **Rationierung** von Gesundheitsleistungen. Aus meiner Erfahrung der Arbeit in der ambulanten Versorgung weiß ich, dass es jetzt schon eine erhebliche Rationierung gibt. Diese spiegelt sich nicht nur in der Infragestellung der Notwendigkeit teurer Medikamente oder Begrenzung der Abrechnung von geleisteten Untersuchungen wider. Sie findet bereits statt, wenn durch die 10 Euro Praxisgebühr **Hilfsbedürftige vom Arztbesuch abgehalten werden – 27%** laut aktueller Umfrage der Bertelsmann-Stiftung. Oder wenn Sprechstunden bereits so voll sind, dass keine neuen Patienten angenommen werden, oder Bedürftige erst mit wochen- bis monatelanger Wartezeit einen Termin bekommen und das in Gebieten, die angeblich mit ÄrztInnen gut versorgt sind.

Was also macht ein arbeitslos gewordener Arbeitnehmer, der die Last der Arbeitslosigkeit kaum erträgt? Was macht er, wenn er das Geld nicht mehr übrig hat für Fahrtkosten, Praxisgebühr, Behandlungszuzahlung und Medikamentenzuzahlung? Die Ärztinnen und

Ärzte in den Krankenhäusern haben zu Recht für höhere Löhne und um bezahlte Arbeitszeiten gekämpft. Die Ärztinnen und Ärzte jetzt für finanzielle Nöte des Gesundheitswesens verantwortlich machen zu wollen, ist zynisch angesichts der politisch entschiedenen Rationierungspolitik.

Gesundheitsversorgung als Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge

soll eingeschränkt und vollständig auf Gewinnorientierung und damit Privatisierung ausgerichtet werden. Der arbeitslose und arme Arbeitnehmer bleibt dabei immer häufiger unversorgt – allein mit Nöten und Krankheit. Und so entsteht auch die viermal höhere Wahrscheinlichkeit, frühzeitig zu sterben. Eine extrem menschenverachtende Konsequenz all dieser sogenannten Strukturreformen: sie sind antihuman und zutiefst undemokratisch.

SPD-Abgeordnete und -VerantwortungsträgerInnen müssen sich der Umstände der Entstehung der SPD auch aus dem Kampf für eine solidarische Krankenversicherung im 19. Jahrhundert bewusst werden und dürfen den Weg der bürgerlichen Kräfte keinen Schritt weiter gehen. Zur Rettung einer guten Gesundheitsversorgung – für alle unabhängig von ihrer Lebenssituation und Einkommen solidarisch finanziert und umfassend, ebenso wie auf dem neuesten Stand des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts – als Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge gilt es „Nein“ zu sagen zu den neuerlichen Plänen der Großen Koalition.

Das ist ein massiver Angriff auf die Gewerkschaft

Brief an den SPD-Landesvorstand Brandenburg von Bodo Fast und Gisela Fast (beide SPD, ver.di)

Werte Genossin! Werter Genosse!

Ich bin nun seit 1964 Mitglied der SPD, und Gisela ebenfalls seit mehreren Jahren. In dieser Zeit haben wir geduldig manche Maßnahmen und Erklärungen von SPD-Mandatsträgern hingenommen, auch, wenn sie uns nicht überzeugten. Wenn jetzt aber verantwortliche Mitglieder der SPD im Aufsichtsrat der Havellandkliniken für die Tariffucht gestimmt haben, dann reicht es uns. Das wird ja immer doller – wie Mandatsträger unsere Partei vertreten (s. *nebenstehenden Artikel der »Märkischen Zeitung«*). – Beabsichtigt, bedacht oder unbedacht sehen wir in diesen Äußerungen und Handeln einen massiven Angriff auf die tarifschießenden Gewerkschaften und ein Zwangskorsett für die Mitarbeiter der Havellandkliniken. Hier beginnt erneut ein Angriff auf den Flächentarifvertrag, und es entsteht der Eindruck, dass die Auszerrung der Gewerkschaft, wenn auch nicht gewünscht, so doch billigend akzeptiert wird. Eine Sozialdemokratie, welche die Gewerkschaften zwingt, gegen sie anzutreten, schwächt sich selbst.

Hinzu kommt, dass den Mitarbeitern

im Gesundheitswesen sehr wohl die wachsenden Einkommen und die gute Altersversorgung der Politiker nicht verborgen geblieben sind. Dieses steht im Gegensatz zu den Arbeitnehmern, von denen erwartet und gefordert wird, den

Gürtel enger zu schnallen.

Der Landesvorstand möge uns mitteilen, ob er den Vorgang der Tariffucht billigt, damit wir unser weiteres Verhalten positionieren können.

Mit freundlichen Grüßen

Krankenhäuser steigen aus „Tariffucht“ aus wirtschaftlichen Gründen / Vorerst keine Lohnerhöhung (»Märkische Zeitung« v. 9./10. 9. 06)

»Nauen • Der Aufsichtsrat der Havellandkliniken hat am Mittwochabend den Austritt aus der Tarifbindung des kommunalen Arbeitgeberverbandes* bestätigt. Damit bekommen die Ärzte und alle anderen Angestellten an den Krankenhäusern in Nauen und Rathenow vorerst nicht mehr Geld. Betroffen sind mehr als 800 Mitarbeiter, darunter rund 125 Ärzte. Zur Begründung heißt es, dass sich bei Übernahme der Abschlüsse mit den Gewerkschaften ver.di und Marburger Bund eine Personalkostensteigerung von mehr als vier Prozent ergeben hätte. Kliniksprecherin Babette Dietrich: „Vor dem Hintergrund der Regierungspläne zur Sanierung der Krankenversicherung und den damit verbundenen Sparmaß-

nahmen bei Krankenhäusern ist eine derartige Personalkostensteigerung wirtschaftlich nicht zu verkraften.“ Würde Personal entlassen werden, um den verbleibenden Kollegen mehr bezahlen zu können, käme es zu einer schlechteren Patientenversorgung. Dies sei nicht hinnehmbar.«

Der Aufsichtsratsvorsitzende Heiko Müller (SPD, MdL) und SPD-Landrat Burkhard Schröder (SPD-Unterbezirksvors. Havelland) unterstützen die Entscheidung des Aufsichtsrates zur Tariffucht: wirtschaftliche Stabilität habe oberste Priorität.

(*) Er folgt damit 11 anderen Krankenhäusern in Brandenburg, die ebenfalls Tariffucht begangen haben.

H.-W. Schuster (SPD, AfA-UB-Vorsitzender)

Die EU plant die Privatisierung und Zerstörung des öffentlichen Bankensektors in Deutschland (Teil II)

BERLIN: Der SPD/PDS-Senat öffnet das Einfallstor zur Privatisierung der Sparkassen in Deutschland

1994 wurden mit der Bildung der Berliner Bankgesellschaft und der damit verbundenen Teilprivatisierung die Landesbank und Sparkasse dem Markt geöffnet und den schamlosen Spekulationsgeschäften der Spekulanten ausgeliefert.

Nach dem sgn. Berliner Bankenskandal, der schon jetzt einen Schaden von annähernd 10 Milliarden Euro verursachte, beschloss der SPD/PDS-Senat den Komplettverkauf der Bankgesellschaft, inklusive Berliner Sparkasse und Markennamen, und folgte damit der EU-Auflage. Die EU hatte die staatliche Beihilfe (die Kapitalerhöhung von 1,8 Mrd. Euro und die „Risikoabschirmung“ von 21,6 Mrd. Euro), die nach EU-Recht eine unerlaubte Beihilfe darstellt, an die Privatisierungsaufgabe gebunden. (Nur als Nebenbemerkung: der Senat hofft, dass der Verkauf 4-5 Milliarden Euro bringt.)

Käufer kann – so die Kommission – sowohl ein öffentlicher oder auch ein „privater Bieter“ sein. Damit „sollten sowohl private als auch öffentliche Investoren die ‘Berliner Sparkasse’ erwerben können“ (Pressemitteilung der Kommission vom 28. 6. 2006). Erstmals würden dadurch in Deutschland private Banken und Investoren den Zugriff auf eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und eine Landesbank bekommen, d.h. die in Deutschland einzigartige Trennung in private, genossenschaftliche und öffentlich-rechtliche Banken würde aufgehoben.

Der SPD/PDS-Senat hat diese Entscheidung der Kommission exekutiert und im Juni 2005 das Berliner Sparkassengesetz verabschiedet.

Dieses erlaubt den Erwerb der „Bankgesellschaft Berlin“ (BGB) durch private Investoren einschließlich des Rechtes, nach dem Erwerb der Berliner Sparkasse

den Namen „Sparkasse“ weiter verwenden zu dürfen. Das Sparkassengesetz ermöglicht auch, dass die Gewinne der Berliner Sparkassen an einen privaten Träger ausgeschüttet werden können.

SPD und PDS verstoßen damit jedoch gegen geltendes Bundesrecht: Artikel 40 des Kreditwesengesetzes (KWG) legt fest, dass die Bezeichnung „Sparkasse“ ausschließlich öffentlich-rechtlichen Banken vorbehalten ist. Daraus folgt zwingend, dass eine Sparkasse nach der Privatisierung nicht mehr Sparkasse ist und auch nicht mehr so bezeichnet werden darf.

Außerdem müssen die Gewinne entweder bei dem Institut bleiben oder sind gemeinnützig zu verwenden.

Das Sparkassengesetz sieht auch nicht mehr vor, dass die Sparkasse ein „Konto für jedermann“ anbieten muss, was angesichts der zunehmenden Verarmung immer größerer Bevölkerungs-

schichten und der wachsenden Zahl von Hartz-IV-Empfängern dazu führen wird, dass immer mehr Menschen nicht mehr über ein Konto verfügen werden.

Tatsächlich hält die EU-Kommission die Verpflichtung auf eine „gemeinnützige Gewinnverwendung für unvereinbar mit Gemeinschaftsrecht“. Sie sieht darin „eine nicht gerechtfertigte und unverhältnismäßige Einschränkung der Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit“ (zit. nach FR, und Handelsblatt, vom 9. 8. 06).

Während der private Bankenverband die seiner Ansicht nach „wettbewerbsrechtlich konsequente Haltung der EU“ begrüßt, sagt der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Heinrich Haasis, dass es einer Enteignung gleich käme, wenn die Sparkassen ihren Namen mit privaten Wettbewerbern teilen müssten (Berliner Morgenpost, 29. 6. 06).

Der Plünderung des öffentlichen Haushaltes durch windige Geschäftsmacher, die mit der Teilprivatisierung erst ermöglicht wurde, antwortet der SPD/PDS-Senat mit der **vollständigen** Privatisierung der öffentlichen Bank und des Kreditwesens, aber das heißt ihrer **vollständigen Auslieferung an die Spekulanten**. Die Verpflichtung der Sparkasse wird trotz gegenteiliger Beteuerung von Sarrazin mit der Privatisierung ebenso in Frage gestellt, wie das Recht der BürgerInnen auf Girokonten. Für das Finanzkapital zählt schließlich die Rendite.

Ver.di fordert den Börsengang der Landesbank

Der Berliner Landesbezirk der Gewerkschaft ver.di stellt seinerseits ebenfalls die Privatisierung der Landesbank nicht in Frage. Er hat den Vorschlag an die Berliner Abgeordneten gemacht, die Landesbank Berlin über die Börse zu verkaufen, statt an einen einzelnen Investor, – eine Option, über die auch Finanzsenator Sarrazin nachdenkt. Das ermögliche eine „Bürger/innen-Sparkasse“. „Durch die direkte Beteiligung als Aktionäre können die Berlinerinnen und Berliner künftig am Erfolg der Bank teilhaben.“ (!) Der ver.di-Vertreter Frank Wolf erklärt dazu: „Im Sinne des von Brüssel angestrebten freien Wettbewerbs ist ein Gang an die Börse eine gute Lösung.“ (Ver.di-Positionen zur Abgeordnetenhauswahl am 17. 9. 06.)

Kann es die Aufgabe von ver.di sein, sich die begleitende Gestaltung der

Umsetzung des EU-Privatisierungsgebots zur Aufgabe zu machen? Die Auslieferung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, zu denen die Berliner Sparkasse gehört, an die Privatisierung erzwingt die Orientierung auf Profit und die drastische Senkung der „Kosten der Arbeit“: weiterer Abbau von Arbeitsplätzen, Lohnsenkungen,



Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Leistungen.

Wäre es nicht vielmehr dringend geboten, dass ver.di gegen die Politik des SPD/PDS-Senats von den Berliner SPD-Abgeordneten fordert, sich dafür einzusetzen, dass die Landesbank und Sparkasse voll in die Verantwortung und Kontrolle des Parlaments übernommen werden; und dass sie strikt auf ihre Aufgaben verpflichtet werden: die Konzentration auf die Finanzierung öffentlicher Aufgaben und sozialer Infrastruktur und gerade auch der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden?

Steht geltendes nationales Recht im Widerspruch zu den Privatisierungsvorgaben der EU, so muss es gebrochen werden

In der Pressemitteilung vom 28. 6. 2006 teilt die Kommission mit: „In Deutschland sollen bald auch private Institutionen den Namen ‘Sparkasse’ führen dürfen. Die Europäische Kommission hat am 28. 6. 2006 beschlossen, das Land förmlich dazu aufzurufen, Artikel 40 des deutschen Kreditwesengesetzes (KWG) zu ändern, in dem festgelegt ist, dass die Bezeichnung ‘Sparkasse’ ausschließlich öffentlich-rechtlichen Banken vorbehalten ist. (...) Die Kommission ist der Ansicht, dass dies gegen die Vorschriften des EG-Vertrags

über die Niederlassungsfreiheit (Artikel 43) und den freien Kapitalverkehr (Artikel 56) verstößt: Private Investoren könnten so nicht vom Geschäftswert des Namens profitieren. (...) Die Kommission erkennt an, dass der Schutz des Namens ‘Sparkasse’ wegen des Gemeinwohlaufrags dieser Banken und der Notwendigkeit, dass Verbraucher sie von anderen Banken unterscheiden, begründet ist. Allerdings ist das Verbot, den Namen ‘Sparkasse’ nach einer Privatisierung weiter zu verwenden, keine Maßnahme, die in einem angemessenen Verhältnis zur Gewährleistung des Schutzes dieses Gemeinwohls steht.“

Der Bundesverband deutscher Banken unterstützt die Kommission und macht „rechtliche Bedenken“ gegen die Sparkassen-Pläne der Bundesregierung, die ggf. nur für Berlin eine Ausnahme von den Vorgaben des Art. 40 KWG zulassen will, geltend. Der Verbandsprecher erklärt: „In Berlin wird deutlich, dass der heutige Paragraph 40 des Kreditwesengesetzes, in dem der Bezeichnungsschutz geregelt ist, europarechtlich nicht haltbar ist und einem diskriminierungsfreien Veräußerungsverfahren der Bankgesellschaft – und damit auch der Berliner Sparkasse – entgegensteht. Hinzu kommt, dass das Land Berlin nur dann den optimalen Erlös erzielen wird, wenn die Bezeichnung ‘Sparkasse’ dauerhaft mitverkauft werden kann.“ Das war der Grund, warum Berlins Finanzsenator Sarrazin, SPD, die EU-Kommission eingeschaltet hat (FR, 13. 3. 2006).

Italien, England – in 10 Jahren auch Deutschland?

Ganz konsequent hat die Kommission die Novellierung des hessischen Sparkassengesetzes von CDU-Ministerpräsident Koch, das zunächst nur den Verkauf von Sparkassen an kommunale Käufer zulassen, der tatsächlichen Privatisierung aber Tür und Tor öffnen will, „begrüßt, weil sie die Konsolidierung des Finanzmarktsektors voranbringt“. „Konsolidierung“ meint im EU-Jargon aber Konzentration. Davon profitieren die Aktionäre der Großbanken, die im Rahmen der „Konsolidierung“ gefräßig zuschlagen werden.

Wohin dieser Kurs im Europa der EU führt, skizzierte im Februar der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, der sich gegen die Privatisierung der Sparkassen ausgesprochen hatte: In Italien habe die Privatisierung dazu geführt, dass es dort keine Sparkas-

(Forts. S. 9 links)

Michael Futterer (Mitglied im Landesfachgruppenausschuss Berufliche Schulen der GEW Baden-Württemberg)

Föderalismusreform und Konsequenzen für die GEW und die Beamten

ENDE JUNI verabschiedete der Bundestag die sog. Föderalismusreform, die weit reichende Konsequenzen für die Bildung und die dort Beschäftigten hat. Der bisherige solidarische Föderalismus basierte auf dem Verfassungsprinzip der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, die der Bund in Deutschland anstreben soll. Dieses Prinzip ist bereits Anfang der

neunziger Jahre ausgehöhlt worden, als die „Einheitlichkeit“ durch „Gleichwertigkeit“ ersetzt wurde. Die Föderalismusreform ersetzt dieses Prinzip durch einen Wettbewerbsföderalismus, d.h. das Prinzip der Ungleichheit der Lebensverhältnisse und der Konkurrenz der Länder untereinander erhält Verfassungsrang.

Für die Bildung bedeutet dies eine bewusst gewollte Zersplitterung und Konkurrenz der Schul- und Hochschulsysteme der einzelnen Länder untereinander – die aber letztlich den Weg in die Autonomisierung und damit in die Privatisierung (d.h. die Umwandlung in selbständig wirtschaftende Einheiten) von Schule und Hochschule, die sich einem provozierten Wettbewerb stellen sollen, bahnen soll.

Dieser Prozess der Regionalisierung und Autonomisierung der Schulen und Hochschulen setzt unabdingbar die Zerschlagung der bislang bundeseinheitlich geregelten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten im Bildungswesen voraus.

Mit der Grundgesetzänderung ging insoweit auch das Beamtenrecht, das seit Anfang der siebziger Jahre aus guten Gründen bundeseinheitlich geregelt war, auf die Länder über. Der Bund ist zukünftig nur noch für die Statusrechte der Beamten zuständig (und hat zur Umsetzung der Föderalismusreform bereits am 19. 6. einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Statusrechte der Beamten vorgelegt) – das Dienstrecht sowie die Besoldung und Versorgung sind zukünftig Länderangelegenheit.

Dies hat fundamentale Konsequenzen für die BeamtInnen und insbesondere die GEW. Von den 2,15 Millionen Beschäftigten der Länder sind ca. 1,25 Millionen BeamtInnen – etwa zwei von fünf Beschäftigten der Länder sind Lehrer – rechnet man den Wissenschaftsbereich dazu, dann fallen mehr als die Hälfte der Landesbeschäftigten in den Organisationsbereich der GEW.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Föderalismusreform?

Das Beamtenverhältnis stand bislang auf zwei Eckpfeilern:

1. Das Beamtenverhältnis war in den letzten 30 Jahren vergleichsweise stabil. Dies gilt trotz der Tatsache, dass den BeamtInnen bis heute das Streikrecht und die Vertragsfreiheit verwehrt werden und das Beamtenverhältnis gesetzlich geregelt ist. Das lag einerseits daran, dass zumindest bis Ende der achtziger

Jahre wesentliche Grundstrukturen in der Beamtenbesoldung und die im BAT (Bundesangestelltentarif im öffentlichen Dienst) festgelegte Vergütung der Angestellten vergleichbar waren. Um andererseits Änderungen im Beamtenrecht durchsetzen zu können, hätte sich der Bund mit den 16 Ländern einigen müssen.

2. Bis Ende der achtziger Jahre war in Fragen der Besoldung der BAT Orientierungspol für die BeamtInnen. D.h. die damalige ÖTV führte periodisch Tarifverhandlungen über den BAT. GEW und ÖTV bildeten eine Verhandlungsgemeinschaft, wobei die GEW der ÖTV eine Verhandlungsvollmacht übertrug. Die entsprechenden Tarifergebnisse sind anschließend weitgehend deckungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen worden (das gilt allerdings weniger für die Arbeitszeit!). In diesem Sinne waren die BeamtInnen auch – trotz Streik- und Vertragsverbot – in die Tarifautonomie integriert.

Diese beiden Eckpfeiler sind mit der Föderalismusreform und der Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst (die als eine Vorwegnahme bzw. Begleitung der Föderalismusreform angesehen werden muss) zerschlagen worden.

Die Beamtenbesoldung wird dem Diktat der Länderhaushalte unterworfen

Die Zuständigkeit für Besoldung und Dienstrecht ist auf die Länder übergegangen, und diese werden ihre Zuständigkeit nutzen (müssen!). Der jetzt verabschiedete erste Teil der Föderalismusreform gibt den Ländern v.a. auf der „Ausgabenseite“ mehr Spielraum. Dieser soll bis Jahresende durch einen zweiten Teil ergänzt werden, der die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern (also die „Einnahmeseite“) neu regelt.

Im Kern geht es darum, dass zukünftig die Länder mit den Steuereinnahmen, die sie tatsächlich einnehmen, auskommen sollen. Baden-Württemberg fordert zudem ein Verschuldungsverbot. Damit ist aber klar, welchen Sinn die Übertragung der Zuständigkeit hat: Es geht darum, die Beamtenbesoldung durch gesetzliches Diktat den Haushaltsanforderungen der Länder zu unterwerfen. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass sie bis Anfang 2007

(Forts. S. 10)

...Privatisierung der Sparkassen in Deutschland

(Forts. v. Seite 8)

sen mehr gebe. Damit müsse man in spätestens zehn Jahren auch hier rechnen. In England hätten deshalb fünf Millionen Menschen keinen Zugang mehr zum Konto (TAZ, 4. 2. 2006).

Im Herbst wird auf Initiative der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV) eine Delegation die EU-Kommission aufsuchen und ihr ein Memorandum, eine Anklageschrift überreichen, die präzise auflistet, wie die Politik der EU sich z.B. zerstörerisch auf die öffentliche Daseinsvorsorge auswirkt. In den Rahmen eines solchen Memorandums gehört zweifelsohne auch ein Bericht über die Zerschlagung des öffentlichen Bankensektors unter dem Diktat der EU.

Kein Rechtsanspruch mehr auf ein Girokonto

Hans-Jürgen Lindemann in einem Interview mit der »Jungen Welt« vom 19. 6. 06

Junge Welt: Die Bundesregierung hat mit einer Sonderregelung den Weg für den Verkauf der Berliner Sparkasse durch den SPD/Linkspartei.PDS-Senat freigemacht. Was werden die Folgen sein?

H.-J.L.: Damit ist die Gemeinnützigkeit der Sparkasse und die Kontoführung für jedermann, nicht nur in Berlin, in Frage gestellt. Menschen mit geringem Einkommen hätten keinen Rechtsanspruch auf ein Girokonto mehr.

Gleichzeitig würde Berlin die Kapitalvermögen der Banken an andere übertragen. Das ist skandalös, da das Land Milliarden Euro zur Gründung, Rettung und Sanierung der Bankgesellschaft aufgewendet hat.



Transparent der GEW Kreis Heilbronn

ein eigenes Dienstrecht entwickeln will.

Der BAT, der bislang Grundlage für die Besoldungsentwicklung war, ist in den vergangenen Jahren zerschlagen worden. An seine Stelle ist die Zersplitterung, d.h. eine Vielzahl von Tarifverträgen, getreten. Der jetzt abgeschlossene Tarifvertrag der Länder gilt nicht für alle Länder und ist in sich selbst wiederum differenziert – d.h. zersplittert (so gilt z.B. für jedes Bundesland eine andere Arbeitszeit). Zum anderen hat sich mit der 2003 durchgesetzten Öffnungsklausel im System der Beamtenbesoldung eine Art Absenkungsspirale im Öffentlichen Dienst durchgesetzt.

So forderten die Länderregierungen im Frühjahr unter Verweis auf die Arbeitszeit der Beamten eine Arbeitszeitverlängerung für die Angestellten. Im TVL wiederum wurden jetzt die Sozialzuschläge abgeschafft, das Weihnachtsgeld auf 50% bzw. 35% abgesenkt und der Bewährungsaufstieg durch eine Leistungskomponente ersetzt. Angestellte LehrerInnen sind in diesen Bereichen schlechter gestellt als beamtete LehrerInnen – eine Übernahme des TVL auf die Beamtenbesoldung würde insgesamt eine Verschlechterung für die verbeamteten LehrerInnen bedeuten.

Die GEW hat der CDU-Landesregierung von Baden-Württemberg 2003 – als diese die Öffnungsklauseln im System Beamtenbesoldung nutzte, um die Arbeitszeit der BeamtInnen und LehrerInnen zu verlängern – vorgeworfen, sie behandle die Beschäftigten wie „Lohnleibeigene“.

Dieser Vorwurf erhält unter den Bedingungen der Föderalismusreform eine ganz neue Dimension. Das Beamtenrecht wird zu einem System, mit dem die Landesregierungen den BeamtInnen Gehalts- und Arbeitsbedingungen nach Gutdünken bzw. Haushaltslage diktieren

können, weil den BeamtInnen das grundlegende demokratische – und verfassungsmäßige – Recht verweigert wird: sich für ihre Interessen zu organisieren und diese auch vertreten zu können.

Ich denke, dass angesichts dieser Situation in der GEW dringend eine Diskussion über die Konsequenzen notwendig ist. Ich möchte an dieser Stelle drei Punkte nennen, die mir wichtig erscheinen:

1. Die Föderalismusreform ist noch nicht endgültig verabschiedet, der zweite Teil steht noch aus. Der Hauptvorstand hat zwar den ersten Teil abgelehnt, der Tarifkampf in den Ländern ist allerdings nicht mit dem Kampf gegen die Föderalismusreform verbunden worden und es hat auch keine Information und Mobilisierung der Mitglieder stattgefunden. Dies muss jetzt anders werden.

2. Die Konflikte um Besoldung und Dienstrecht werden in den nächsten Jahren zwangsläufig zunehmen. Zentrales Ziel der GEW muss m.E. sein, für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung eines bundeseinheitlichen Dienst- und Besoldungsrechts und/bzw. Tarifrechtes zu kämpfen. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass auch die LehrerInnen und BeamtInnen das Recht erhalten, ihre Interessen zu vertreten.

Der freie Ausdruck für die unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft und das Recht, sich dafür zu organisieren, die Koalitionsfreiheit, sind entscheidende Grundlagen der Demokratie.

Die Koalitionsfreiheit heißt freie gewerkschaftliche Organisation für die Vertretung ihrer einheitlichen Interessen als ArbeitnehmerInnen, als Beschäftigte im Bildungsbereich. Eine wirkliche Interessensvertretung durch die Gewerkschaftsorganisation ist nur mit der

gewerkschaftlichen Vertragsfreiheit und dem Streikrecht möglich. Das ist auch die Position der IAO.

Die GEW fordert seit langem die Vertragsfreiheit auch für Beamte – ohne Streikrecht lässt sich dies aber nicht durchsetzen. Die gängige Rechtsprechung geht zwar von einem Streikverbot für BeamtInnen aus, allerdings verstößt die Bundesrepublik damit gegen internationale Rechtsnormen, etwa die IAO-Übereinkommen 87, 98 und 151. Darüber hinaus haben Bund und Länder im Rahmen der Föderalismusreform den Art. 33 Abs. 5 GG des Grundgesetzes geändert: „Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln **und fortzuentwickeln.**“

Bund und Länder haben dabei sicher nicht an eine Stärkung der Rechte der BeamtInnen gedacht, das sollte die Gewerkschaften jedoch nicht davon abhalten, genau dies zu tun. Auf jeden Fall brauchen wir in den Gewerkschaften eine Diskussion darüber. Auch LehrerInnen und BeamtInnen sind – trotz aller reaktionärer Ideologie, die um das Beamtenverhältnis gestrickt wird – zuallererst ArbeitnehmerInnen mit entsprechenden materiellen Interessen.

GEW fordert Streikrecht und Vertragsfreiheit

Das von der GEW seit langem eingeforderte Recht auf Streik und Vertragsfreiheit wird jetzt unmittelbar zur Voraussetzung ihrer Existenz als gewerkschaftliche Interessenvertretung angesichts der Zerstörung des einheitlichen BAT und der Zersetzung des einheitlichen Dienstrechtes für Beamte, das im BAT sein Rückgrat hatte.

3. Die Existenz zweier unterschiedlicher Arbeitsrechte und –verhältnisse entpuppt sich zunehmend als Element der Spaltung der KollegInnen und erlaubt es den Arbeitgebern, die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, um so die Errungenschaften, die es in beiden Bereichen gab, zu zerstören. Übrig bleibt letztlich ein Diktat. Angesichts dessen brauchen wir m.E. eine Diskussion über ein einheitliches Dienst- und Arbeitsrecht, Tarifrecht für alle Beschäftigten im Bildungsbereich und wie wir dafür kämpfen können. Auf dieser Grundlage kann die GEW dann auch Tarifgemeinschaften mit anderen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes bilden für die Rückeroberung eines einheitlichen Tarifrechtes für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.

Die Karte des „Großraums Mittlerer Osten“ wurde in der Zeitung der US-Armee veröffentlicht

„Die ethnische Säuberung funktioniert!“

Die Karten auf Seite 12 wurden von der Zeitung der US-Streitkräfte „US Armed Forces Journal“ im Juni 2006 veröffentlicht. Sie betreffen einen „Großraum Mittlerer Osten“, in dem die nationalen Grenzen vom US-Imperialismus willkürlich verändert und neu gezogen wurden.

Sie bilden eine erhellende Illustration zu der Erklärung von Condoleezza Rice, die sie am 21. Juli, inmitten der Bombardierung des Libanon, in Washington gab: „Was wir hier erleben, sind in bestimmter Weise die Geburtswehen eines neuen Mittleren Ostens.“ Auch Bush selbst spricht immer davon, die Karte der Welt „von Spanien bis zu den Philippinen“ neu zu zeichnen.

Der zynische Kommentar eines „Experten“ der US-Armee zur 2. Karte (von dem wir auszugsweise zitieren) ist eindeutig: „Die ethnische Säuberung funktioniert!“

Erinnert Sie das nicht an etwas? War es nicht genau die gleiche Entwicklung, die vor über 15 Jahren – in Folge eines mörderischen Krieges – zur „Kantonisierung“ und dem Verfall des Bundesstaates Jugoslawien geführt hat?

Vor zehn Jahren schrieb ein anderer amerikanischer Experte, Criton Zokoas: „Als die erste Schocktherapie des IWF (1) über Jugoslawien hereinbrach, war die erste Form sozialer Unruhen nicht die ethnischen Spannungen, sondern wiederholte Massenstreiks (...). Zur 'ethnischen Säuberung' kam es erst, nachdem die 'Schocktherapie' des IWF ihre Arbeit getan hatte.“

Danach fanden die angeblich „ethnischen“ Massaker statt, die NATO-Bombardierungen und die Errichtung von US-Militärbasen.

Auf den nur 11.000 Quadratkilometern des Kosovo drängen sich 30.000 NATO-Soldaten. 7.000 sind in Bosnien, das durch den Dayton-Vertrag von 1995 „kantonisiert“ wurde. Nach Meinung eines bosnischen Journalisten wird dadurch „der Sieg der 'ethnischen Säuberer' bestätigt (...). Dayton (...) hat einen fiktiven Staat auf der Grundlage einer zersplitterten Gesellschaft gegründet“ (Goiko Beric, zitiert von »Le Figaro«, 21. November 2005)...

Ist nicht genau das die „Zukunft“, die Bush der ganzen Welt, allen Völkern und Nationen, die leben wollen, diktieren will?

KORRESPONDENT

(1) Das war derselbe IWF, mit dem die jugoslawische Bürokratie seit Ende der 80er Jahre Verträge geschlossen hatte.

DOKUMENT

Wir drucken hier Auszüge eines Artikels von Ralph Peters nach, der die Überschrift trägt: „Wie würde ein besserer Mittlerer Osten aussehen?“ und der mit Karten des „Großraums Mittlerer Osten“ illustriert ist. Der Artikel erschien in der Zeitung der US-Armee »US Armed Forces Journal« vom Juni 2006.

»Die internationalen Grenzen sind nie völlig gerecht (...). Natürlich könnten nicht alle Minderheiten im Mittleren Osten durch Grenzkorrekturen, so radikal sie auch sein mögen, zufrieden gestellt werden (...). Der Vorschlag für Grenzziehungen, wie er in den Karten zu diesem Artikel dargestellt wird, korrigiert die Vorurteile, unter denen die am meisten „geplünderten“ Bevölkerungsgruppen leiden: die Kurden, Balutschen und Schiiten. Sie behandeln aber nicht gleichwertig die Christen im Mittleren Osten, die Bahais, die Ismailiten, die Nayshbandis und viele andere, weniger zahlreiche Minderheiten (...).

Und doch können wir, welches Unrecht auch immer durch die hier gezogenen Grenzen nicht beseitigt wird, nie den Frieden im Mittleren Osten ohne eine radikale Neudefinition der Grenzen erreichen (...).

Man tut gut daran, im Gedächtnis zu behalten, dass die Grenzen im Laufe der Jahrhunderte oft verändert wurden und viele Grenzen, vom Kongo über das Kosovo bis zum Kaukasus, unter unseren Augen neu gezogen werden (während die Botschafter und Spezialisten schuldbewußt woanders hin blicken).

Dem muss man ein schmutziges kleines Geheimnis als Lehre aus 5000 Jahren Geschichte hinzufügen: die ethnische Säuberung funktioniert!

Nehmen wir zu Beginn das bei amerikanischen Lesern bekannteste Grenzproblem. Wenn Israel begründet darauf hoffen will, mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben, müsste es sich auf die Grenzen von vor 1967 zurückziehen – mit den notwendigen Anpassungen, die von der legitimen Sorge diktiert sind, seine Sicherheit zu gewährleisten. Doch die Probleme, die das Territorium um Jerusalem betref-

fen, einer Stadt, die vom Blut der seit Jahrtausenden dauernden Konflikte durchtränkt ist, werden möglicherweise zu unseren Lebzeiten nicht zu lösen sein (...).

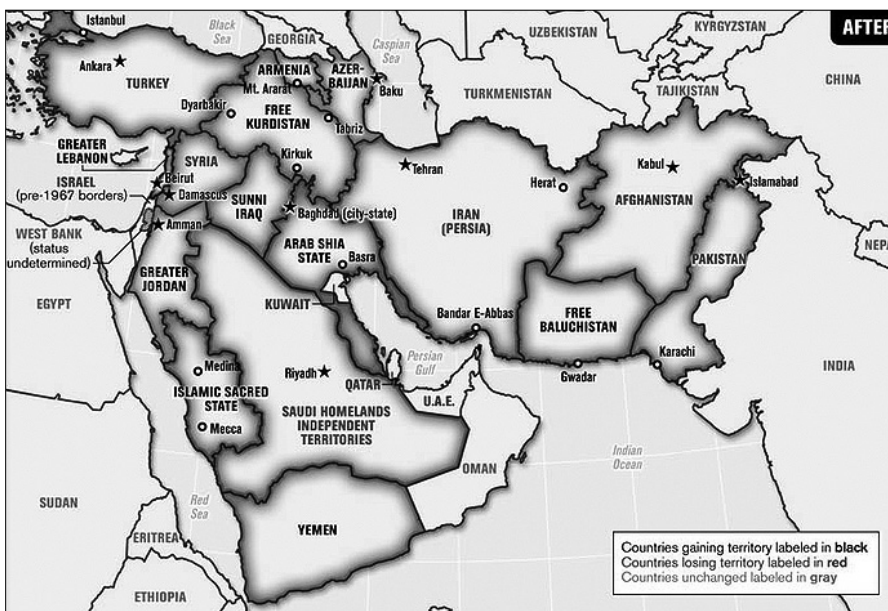
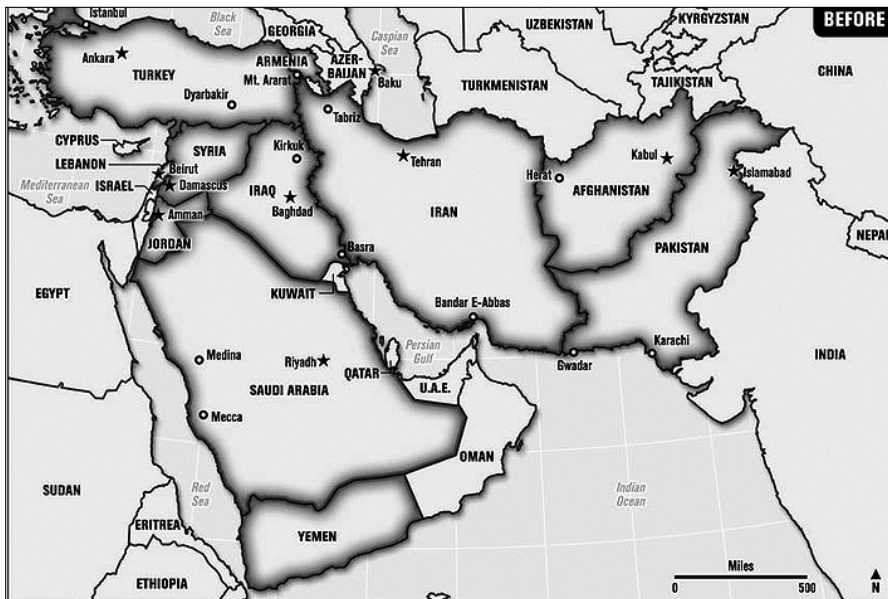
Die schreiendste Ungerechtigkeit inmitten des Unrechts, das alle Länder von den Bergen des Balkans bis zu denen des Himalaya kennzeichnet, ist das Fehlen eines unabhängigen kurdischen Staates. Es gibt zwischen 27-36 Millionen Kurden, die in Nachbarregionen des Mittleren Ostens verstreut leben (die Zahlenangaben sind ungenau, weil kein Staat eine echte Zählung zulässt) (...).

Die USA und ihre Koalitionspartner haben die wunderbare Gelegenheit verpasst, diese Ungerechtigkeit nach dem Fall Bagdads zu beenden. Der Irak, ein schlecht zusammengestückelter und zusammengeflackter Staat, eine Art Frankenstein-Monster, hätte sofort in drei kleinere Staaten aufgeteilt werden müssen (...).

Darüber hinaus würde ein freies Kurdistan, das sich von Diyarbakir bis nach Tabriz erstreckt, zwischen Bulgarien und Japan einen westorientierten Staat darstellen.

Das Ergebnis einer gerechten Neudefinition in der Region wäre ein auf drei Provinzen reduzierter Irak mit sunnitischer Mehrheit. Eventuell könnte er beschließen, sich mit Syrien zu vereinen, das seine Mittelmeerküste zugunsten eines Großlibanon verlieren würde, das auf das Mittelmeer ausgerichtet ist. Damit würde Phönizien wiederauferstehen. Der schiitische Süden des alten Irak würde die Grundlage eines arabischen schiitischen Staates bilden, der den Persischen Golf fast vollständig umschließen würde. Jordanien würde in seinen aktuellen Grenzen bleiben, außer im Süden, wo es sich auf Kosten von Saudi-Arabien vergrößern würde. Der völlig künstliche Staat Saudi-Arabien würde zerstückelt ganz wie Pakistan (...).

Es ist nicht möglich, dass Nicht-Muslime irgendetwas an der Kontrolle der heiligen Städte ändern. Man könnte sich jedoch vorstellen, wie viel gesünder die muslimische Welt wäre, wenn Mekka und Medina abwechselnd von einem Rat verwaltet würden, der die großen Tendenzen und Bewegungen des Islam in einem heiligen islamischen Staat vertreten würde – analog zu einer Art islami-



schem Super-Vatikan –, in dem die Zukunft einer großen Religion diskutiert und nicht dekretiert werden könnte (...).

Der Iran ist ein Staat mit völlig irrsinnigen Grenzen; er würde einen großen Teil seines Territoriums an ein zu gründendes vereintes Aserbaidschan abtreten, sowie an ein freies Kurdistan, an den arabischen schiitischen Staat und das freie Balutschistan. Dafür würde er die Provinzen um Herat aus dem heutigen Afghanistan hinzugewinnen – eine Region, die linguistische Ähnlichkeit mit Persien hat. Tatsächlich würde der Iran ethnisch wieder zu Persien werden; es würde nur das schwierige Problem übrig bleiben, ob er den Hafen Bandar Abbas behält oder ob dieser dem arabischen schiitischen Staat zugeweiht wird.

Was Afghanistan im Westen an Persien verlieren würde, würde es sich im Osten zurückholen, denn die Stämme an

der Nordwestgrenze Pakistans würden mit ihren afghanischen Brüdern wiedervereint (der Zweck dieser Übung ist nicht, die Karten so zu zeichnen, wie wir das wünschen, sondern so wie die lokale Bevölkerung es wünscht).

Pakistan, ein anderer künstlicher Staat, würde auch sein Balutschen-Gebiet an den Staat Freies Balutschistan verlieren. Das verbleibende „natürliche“ Pakistan würde ganz im Osten des Indus liegen, außer einer Enklave im Westen um Karatschi herum (...).

Es ist vielleicht nicht möglich, die Grenzen in einer Weise zu korrigieren, die den Willen der Völker widerspiegelt. Zumindest für den Moment. Doch mit der Zeit – und den unvermeidlichen Blutbädern – werden neue, natürliche Grenzen entstehen. Babylon wurde mehr als einmal besiegt.

Inzwischen werden unsere männ-

lichen und weiblichen Landsleute in Uniform den Kampf fortsetzen, um uns vor dem Terrorismus zu schützen, – für die Perspektive der Demokratie und dafür, dass wir Zugang zu den Ölvorkommen erhalten in einer Region, die dazu verdammt ist, sich gegenseitig zu zerfleischen.«

Glückliche Globalisierung

Für eine bestimmte Minderheit ist sie zweifellos glücklich. Vor einiger Zeit hatte der Essayist Alain Minc, ein glücklicher Globalisierer, daraus den Titel einer seiner Broschüren gemacht.

Aus der Studie eines US-Instituts geht hervor, dass es gegenwärtig auf der Welt 8,7 Millionen Dollar-Millionäre gibt. Innerhalb eines Jahres soll ihre Zahl um 6,5% zugenommen haben.

Das betreffende Institut hat seine Untersuchungsergebnisse im einzelnen aufgegliedert nach der geografischen Verteilung der Millionäre. Es gibt 100.000 in Afrika, 300.000 in Lateinamerika und 2,9 Millionen in Nordamerika. Die restlichen sind über die übrige Welt verstreut.

Das ist die eine Seite. Auf der Rückseite sieht es weniger glänzend aus. Nach Aussage des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes der IAO, Juan Somavia, „sind die Beschäftigten die großen Verlierer des internationalen Wachstums“.

So werden im kommenden Jahrzehnt 430 Millionen Menschen mehr pro Jahr auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten zehn Jahren um 21,9% zugenommen und traf in 2005 191,8 Millionen Menschen – ein historischer Rekord.

Die meisten neuen Arbeitsplätze entstehen in der informellen Wirtschaft, und das ohne Arbeitsvertrag und ohne soziale Sicherung. Selbst in China entstehen zweimal weniger Arbeitsplätze als die Zahl der Menschen, die Arbeitsplätze brauchen.

Glückliche Globalisierung?